



Pressemitteilung

Nr. 56 vom 05.09.2019

Seite 1 von 2

Friederike Beck
Pressesprecherin

Postanschrift: Glinkastraße 24, 10117 Berlin

Dienstsitz: Kapelle-Ufer 2, 10117 Berlin

Tel +49 (0)30 18555-1554

Fax +49 (0)30 18555-41554

friederike.beck@ubskm.bund.de

www.beauftragter-missbrauch.de

Twitter: @ubskm_de

Statement Missbrauchsbeauftragter Rörig zum Urteil im Prozess um den Kindesmissbrauch in Lügde am 05.09.2019

Rörig: „Die Länder unterschätzen Kindesmissbrauch und die enormen Folgen“

Berlin, 05.09.2019 Im Prozess um den hundertfachen Kindesmissbrauch auf einem Campingplatz in Lügde hat das Landgericht Detmold heute die Urteile verkündet. Der **Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), Johannes-Wilhelm Rörig**, fordert Politik in Bund und Ländern erneut auf, die Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und Missbrauchsabbildungen, sog. Kinderpornografie, vehement voranzutreiben:

„Das Landgericht Detmold hat das mögliche Strafmaß weitgehend ausgeschöpft und damit auch das wichtige Signal gesendet, dass der Rechtsstaat diese schweren Verbrechen an Kindern hart bestraft. Für die betroffenen Kinder und ihre Familien ist es wichtig, dass die Urteile jetzt gesprochen wurden und sie wissen, dass Justiz und Gesellschaft auf ihrer Seite stehen und ihr Leben jetzt wieder sicher ist. Dies ist ein wichtiger Schritt um die Gewalttaten zu verarbeiten.“

Rörig mahnte, angesichts dieses extremen Falles nicht zu vergessen, dass viele Kinder überall und täglich sexueller Gewalt ausgesetzt sind, vor allem in der eigenen Familie, aber auch durch Gleichaltrige, in Einrichtungen oder durch die Nutzung des Internets. „Die meisten Fälle kommen aus Angst, Scham und Unwissenheit nicht zur Anzeige. Was die Gefahren sexueller Gewalt angeht, ist noch immer eine erschreckende Ahnungslosigkeit und eine unangebrachte Sorglosigkeit weit verbreitet.“

Strafmaß bei Missbrauchsabbildungen, sog. Kinderpornografie, soll angehoben werden

Rörig ist erleichtert, dass die Innenministerkonferenz bereits im Juni 2019 beschlossen hat, die gesetzgeberischen Bestrebungen zur Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch und Missbrauchsabbildungen, sog. Kinderpornografie, entschieden zu intensivieren und auch die Mindest – und Höchststrafen anzuheben.

„Hier sollten die Bundesregierung und der Bundestag nun schnell gesetzgeberisch handeln. Noch viel zu oft werden die Herstellung, der Besitz und die Weiterleitung von Missbrauchsabbildungen von Ermittlungsbehörden und Strafgerichten als minder schwere Kriminalität angesehen. Oft wird auch berichtet,



dass pädokriminelle Täter mit lediglich 90 Tagessätzen Geldstrafe davonkommen. Und das, obwohl hinter jedem Foto, hinter jedem Film der reale Missbrauch eines Kindes steht, oft mit unvorstellbarer Brutalität. Ich würde mir wünschen, dass es hier zu einer Neubewertung des Unrechtsgehalts dieser Straftaten durch den Gesetzgeber kommt.“

Auch der **Betroffenenrat, Fachgremium beim UBSKM**, hält eine solche Neubewertung für erforderlich: „Die Fälle in Lügde haben dank des anhaltenden medialen und öffentlichen Interesses sichtbar werden lassen, wie mehrfache Hinweise auf Gewalttaten an Kindern ignoriert worden sind und dass Ermittlungsspannen wie in diesem Fall in Deutschland geschehen können. Das erste Urteil im Juli diesen Jahres hat gezeigt, dass die reale Gewalt auf den Missbrauchsabbildungen, die Zusammenarbeit von Täter*innen und die Belastung für Opfer, die um die Dauerhaftigkeit von Bildmaterial wissen, scheinbar kaum berücksichtigt werden. Lügde hat auch gezeigt, wie wichtig das Interesse der Bevölkerung ist. Dieses Interesse und die Solidarität mit Gewaltbetroffenen müssen bleiben: Wer in Lügde oder an anderen Orten Gewalt erlebt hat, soll ohne Stigmatisierung leben können.“

Mit Blick auf die Ermittlungsarbeit im Fall Lügde sagte Rörig: „Die heutige Eröffnung des zweiten Childhood-Hauses in Heidelberg stellt eine großartige Chance dar, nach der Aufdeckung der Taten ein kinderfreundliches Verfahren sicherzustellen. Frühe Videovernehmungen und die schnelle gesundheitliche Versorgung der Kinder sind ein Schwerpunkt der Childhood-Häuser. Auch in Lügde wäre ein so ausgestaltetes Verfahren für die Kinder und ihre Familien hilfreich gewesen.“*

Länder dürfen Dimension von Kindesmissbrauch nicht unterschätzen

Viele Länder unterschätzen Kindesmissbrauch und seine Folgen, so Rörig: „Offensichtlich hat auch Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul erst im Verlauf des Skandals von Lügde die wahre Dimension dieses Themas erkannt. Dabei hat es allein in seinem Bundesland im vergangenen Jahr fast 2.500 Ermittlungs- und Strafverfahren wegen Kindesmissbrauch gegeben. Um sexuellen Missbrauch wirksam bekämpfen zu können, brauchen wir in den Ländern eine viel bessere Kooperation zwischen Jugendämtern, Polizei, Justiz, Kitas, Schulen und der Gesundheitsversorgung sowie eine Stärkung der staatlichen Stellen, die sich um das Kindeswohl und den Kinderschutz kümmern. Ich würde mir wünschen, dass wir endlich eine offene, dauerhafte politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche führen - auch dann, wenn gerade kein Prozess die Aufmerksamkeit auf das Thema lenkt.“

Hilfe und Informationen für Betroffene, Angehörige und weitere Interessierte zum Thema sexueller Kindesmissbrauch:

www.beauftragter-missbrauch.de

www.kein-raum-fuer-missbrauch.de; www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de

www.hilfeportal-missbrauch.de

Hilfetelefon Sexueller Missbrauch: 0800 2255530 (kostenfrei und anonym)

Twitter: ubskm_de

* **Childhood-Häuser:** Infos zu den Childhood-Häusern und zur heutigen Eröffnung des Childhood-Hauses in Heidelberg, bei der der Missbrauchsbeauftragte Rörig ein Grußwort sprechen wird, finden Sie unter: <https://www.childhood-haus.de/heidelberg/>